

Antikriegstag 2018

Diskussion: Gewerkschaften für Frieden, Abrüstung und Rüstungskonversion

Gewerkschaftshaus Bremen, Freitag 31.08.2018, 18:00 – 20:00 Uhr

Bahnhofplatz 22-28, Tivolisaal

Anlässlich des Antikriegstags laden DGB, das Bremer Friedensforum und Arbeit und Leben Bremen ins Gewerkschaftshaus ein, um mit Wolfgang Lemb, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall, über Rüstungskonversion aus gewerkschaftspolitischer Perspektive zu diskutieren.

Ablauf

Caren Emmenecker, Moderation

Begrüßung im Namen der Veranstalter

Wolfgang Lemb - IG Metall, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied **Gewerkschaften streiten für Frieden, Abrüstung und Rüstungskonversion**

Peter Ansorge - Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung,
Vorsitzender - **2% in die Rüstung – können wir uns das erlauben?**

Diskussion mit den Veranstaltungsteilnehmer_innen

Kundgebung zum Antikriegstag am 01.09.2018

Bremer Marktplatz, 12:00 Uhr

Barbara Heller - Bremer Friedensforum

Wolfgang Lemb - IG Metall, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Markus Westermann - ver.di Bremen-Nordniedersachsen. Geschäftsführer

Antikriegstag 2018

Am 1. September - dem Antikriegstag – erinnern Gewerkschaften, Friedensorganisationen, Bildungseinrichtungen und Kirchen an den 1.9.1939, den Tag des Überfalls von Hitlerdeutschland auf unser Nachbarland Polen. Der dann folgende Zweite Weltkrieg hat mehr als 60 Millionen Menschen das Leben gekostet, darunter allein mehr als 27 Mio. Tote unter den Völkern der Sowjetunion. Vor dem Hintergrund dieser mörderischen Geschichte rufen wir zu einer Politik des Friedens auf. Alle Menschen waren und sind immer und überall die Leidtragenden von Kriegen. Nur Wenige, vor allem die Rüstungskonzerne, profitieren vom Krieg.

Wir wissen uns einig mit der Mehrzahl der Bevölkerung in unserem Land. Alle Meinungsumfragen der letzten Jahre zeigen, es gibt deutliche Mehrheiten gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland, gegen Aufrüstung, gegen Rüstungsexporte. Auch den Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen, die in Büchel in der Eifel auf den Einsatz warten, wollen die meisten Deutschen ebenso wie die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages durch die deutsche Regierung.

Aber auf der politischen Ebene scheint sich die gegenteilige Entwicklung abzuzeichnen. Wir vermissen ernsthafte Bemühungen für zivile Konfliktlösungen. Die Kriege in und gegen Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien haben Millionen Opfer gefordert. Viele Regionen sind unbewohnbar geworden, 70 Millionen Flüchtlinge suchen irgendwo auf der Welt einen Platz zum Überleben. Der Terrorismus findet in den zerstörten Ländern seinen besten Nährboden. In vielen Ländern wird längst von einem Dritten Weltkrieg gesprochen.

Aber auch für uns Europäer rückt die Kriegsgefahr näher. Die Beziehungen zwischen der NATO und Russland erinnern an die Zeiten des Kalten Krieges. Eine gewaltige Rüstungsspirale läuft an. Der jährliche Rüstungsetat der BRD soll von jetzt 34 Milliarden auf etwa 70 Milliarden € erhöht werden. Schon jetzt gibt die NATO zehnfach so viel für Rüstung aus wie Russland.

Wir brauchen ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem. Nach zwei Weltkriegen, für die Deutschland die Verantwortung trägt, ist es an der Zeit, dass unser Land endlich Verantwortung für den Frieden übernimmt. Wenn das einflussreiche Deutschland, statt auf Militärbündnisse wie die NATO zu setzen, sich auf diplomatische Anstrengungen konzentrieren, das Verhältnis zu Russland normalisieren und sich der Stärkung der UNO widmen würde, wäre viel gewonnen.

Statt immer mehr Geld für Kriege auszugeben fordern wir Geld für Soziales, sowohl national als auch international.

- Wir brauchen gute Kitas und Schulen mit ausreichendem Personal, wir brauchen Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, die den Menschen dienen und nicht dem Profit, wir brauchen Löhne und Renten, die ein Leben in Würde ermöglichen. Eine Offensive für Soziales würde auch den Rechten das Wasser abgraben.
- International brauchen wir Schritte zu einem gerechten Welthandel. Den Klimawandel und seine Folgen zu bekämpfen muss endlich Aufgabe der Verursacher werden. Ein Bruchteil der Ausgabe für Waffen und Kriege reicht aus um den Hunger in der Welt zu besiegen.

**Wir fordern eine Politikwende!
Kooperation statt Konfrontation!
Abrüsten statt Aufrüsten!
Offensive für Soziales!**